PROTOKOLL

über die 9. Sitzung des Ausschusses für Bildung am Dienstag, dem 05.12.2023,
Forum Melle am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle

Sitzungsnummer: BI/009/2023
Öffentliche Sitzung: 19:00 Uhr bis 20:24 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Stefanie Ernst

Mitglied CDU-Fraktion

Dieter Kintscher

Vertreter für Elisabeth Aryus-Böckmann

Malte Stakowski

Sabine Wehrmann

Mitglied SPD-Fraktion

Gerhard Boßmann

Vertreter für Uwe Hinze

Lorenz Brieber

Vertreter für Andreas Timpe

Annegret Mielke

Detlef Weitkamp

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Regina Haase

Malina Kruse-Wiegand

Ralf Tubesing

Mitglied UWG e.V. Fraktion (Grundmandat)

Matthias Pietsch

Mitglied FDP-Fraktion (Grundmandat)

Arend Holzgräfe

Hinzugewählte

Ina-Susann Beckmann

Anja Krohnfuß

Katharina Strob

Gäste

Gast/Gäste

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Andreas Dreier

Mareike Mons

Katja Rauer

Marita Feller

Britta Itzek

ProtokollführerIn

Marion Noruschat

Zuhörer

Presse

Zuhörer

Abwesend:

stellv. Vorsitzender

Uwe Hinze

Mitglied CDU-Fraktion

Elisabeth Aryus-Böckmann

Mitglied SPD-Fraktion

Andreas Timpe

von der Landesschulbehörde

Karsten Mühlmeier

Hinzugewählte

Daniel Wegner

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Schulen
- TOP 6.1 Öffentlich-Rechtliche Vereinbarung über die Erstattung von Schulsachkosten und das Aussetzen der Kreisschulbaukasse
Vorlage: 01/2023/0346
- TOP 6.2 Benennung von hinzugewählten Schülervertreterinnen für den Ausschuss für Bildung
Vorlage: 01/2023/0336
- TOP 7 Haushalt 2024 - Beratung des Teilhaushaltes 400 für die Bereiche Schulen und Kindertagesstätten
- TOP 8 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Frau Wittke, Vorsitzende der ElternvertreterInnen der Wilh.-Fredemann-Oberschule Neuenkirchen, spricht die geführten Interviews und die Inspirationsfahrt im Rahmen des Schulstrukturprozesses an und fragt nach den entsprechenden Protokollen.

Herr Dreier erläutert dazu, dass der ursprüngliche Prozess in der Form lt. Beschluss nicht mehr fortgesetzt werde und die Protokolle dementsprechend nicht mehr veröffentlicht werden. In der am 11.12.2023 terminierten ersten Sitzung der neuen Lenkungsgruppe, werde festgelegt, in welcher Form die Ergebnisse in den neuen Prozess übergeleitet werden können.

Herr Heyn, stellv. Vorsitzender des Stadtelternrates der Meller Schulen, erkundigt sich nach den konkret geplanten nächsten Schritten, denn lt. gefasstem Beschluss soll der Prozess bis zum Ende des ersten Quartals 2024 abgeschlossen sein.

Herr Dreier verweist auf die erste Sitzung der neuen Lenkungsgruppe. Dort würden die Rahmenbedingungen geklärt und die nächsten Schritte festgelegt. Ein Ende des gesamten Prozesses zum 31.03.2024 sei jedoch nicht möglich.

Herr Heyn fragt nach einer möglichen Trennung der GOBS Buer in jeweils einen Grund- und Oberschulbereich. Er habe von einem entsprechenden Schreiben an das Regionale Landesamt für Schule und Bildung in Osnabrück (RLSB) gehört.

Herr Dreier erläutert, dass nach dem Wunsch der Politik, die Grundschule Buer baulich separat von dem Oberschulzweig zu betrachten, die Verwaltung parallel die Anfrage nach den rechtlichen Voraussetzungen einer möglichen Trennung gestellt habe. Auch aus dem Grund, dass angestrebte Synergien beider Schulzweige bei einer baulichen Trennung nicht eintreten werden und bei einer Separierung für jede Schule entsprechende Fördermittel zur Verfügung stehen würden. Im Rahmen des DigitalPaktes stand z.B. lediglich ein Sockelbetrag für eine Grund- und Oberschule zur Verfügung.

Frau Bruns (Kita-Leitung Paulus-Kita), **Frau Schowe** (Kita-Leitung Else-Kita) und **Frau Pottebaum** (stellv. Leitung Else-Kita) wünschen sich eine Erklärung dafür, dass die Erzieherinnen aus NRW ihre Kinder nicht in der Kita betreuen lassen können, in der sie arbeiten, und ob dieses nicht in den Defizitverträgen geregelt werden könne.

Frau Mons erklärt, dass die Kinder vorrangig in NRW zu betreuen sind, dort bestehe zudem auch der Rechtsanspruch. In den Defizitverträgen könnten derartige Regelungen nicht grundsätzlich aufgenommen werden, da auf diesem Wege auch Teilzeitkräfte, Vertretungskräfte, Hauswirtschaftskräfte, usw. einen Anspruch geltend machen könnten. Einzelfallprüfungen könnten dagegen auch ergeben, dass ein Betreuungsplatz für Kinder von in Kita Tätigen zur Verfügung gestellt werde.

Frau Bruns weist darauf hin, dass die Vertretungsstunden für das Personal ebenfalls in den Defizitverträgen geregelt sind, allerdings seien keine entsprechenden Stunden für das

Hauswirtschafts- und Reinigungspersonal vorgesehen, sodass in Fällen des Ausfalls pädagogische Kräfte tätig werden müssen.

Frau Mons führt aus, dass diese Themen bereits in der Leitungsrunde besprochen worden seien. So sei beim Ausfall pädagogischen Personals grundsätzlich eine Erstattung bis zu 15 % der Brutto-Personalkosten vereinbart. Für darüber hinaus gehende Mehrbedarfe müsse ein Nachweis, beispielsweise für die Kosten einer Reinigungsfirma, erbracht werden. Die Vorhaltung einer jeweils kompletten Vertretung sei problematisch, werde aber thematisiert.

Frau Bruns spricht nun den Personalmangel an und sieht u.a. auch Nachteile gegenüber dem kath. Träger der Kitas, der 12 Stunden Vorbereitung und in ev. Einrichtungen lediglich 10 Stunden. Auch seien weniger Kinder in einer Gruppe wünschenswert. Sie wünsche sich, dass die Stadt Melle sich entsprechend einbringe.

Frau Mons erläutert, dass dieses Thema auch auf Landesebene diskutiert werde. Sie sehe jedoch auch bei den Trägern eine Verantwortung, die Attraktivität zu steigern. Eine Lösung nur für Melle gebe es jedoch nicht. Die Gruppengröße werde bereits seit vielen Jahren auf Landesebene thematisiert.

Herr Dreier ergänzt, dass der Personalbedarf durch kleinere Gruppe noch steigen würde und der Gesetzgeber dieses Thema aus dem Grund voraussichtlich nicht angehen werde.

Frau Ernst stellt fest, dass mit diesem Thema offene Türen eingerannt würden und der Appell angekommen sei.

Frau Mons weist an dieser Stelle auf den großen Vorteil hin, dass die BBS in Melle ebenfalls sehr kreativ sei, die Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin attraktiv zu machen. So würden Teilzeitausbildungen für Quereinsteiger angeboten oder ganz aktuell würden spanische Fachkräfte eine Nachschulung erhalten, damit sie hier in den Einrichtungen arbeiten können.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzende stellt die Tagesordnung fest.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls

Frau Mielke bittet darum, den TOP „Beratung der Schülerprognose“ für den nächsten Ausschuss vorzusehen, damit darüber diskutiert werden könne.

Frau Kruse-Wiegand unterstützt diese Bitte.

Herr Dreier sagt zu, dass es zur nächsten Sitzung eine entsprechende Info-Vorlage gebe.

Das Protokoll der Sitzung vom 19.09.2023 wird einstimmig, bei sechs Enthaltungen genehmigt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Herr Dreier berichtet wie folgt:

Schulen

a) Schulentwicklungsprozess

Der Schulstrukturprozess wurde mit Beschluss des Rates abgebrochen und wird aktuell in einen neuen Schulentwicklungsprozess überführt. Am 11.12.2023 findet die erste Sitzung der neuen Lenkungsgruppe statt. In dieser Sitzung werde über offene Fragen gesprochen, einen entsprechenden Zeitplan, den Umgang mit einer sog. „Phase 0“ und letztendlich darüber, wie es weitergehen soll.

b) Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für GrundschülerInnen ab 2026

Mit dem Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung soll aus Sicht des Landes eine Betreuungslücke geschlossen werden, die nach der Kita-Zeit in vielen Familien entsteht. Leider gibt es noch keine entsprechende Ausgestaltung dazu seitens des Landes. Klar ist bislang nur, dass der Rechtsanspruch auf eine achtstündige Betreuung an fünf Tagen in der Woche besteht. Zudem bedeute der Anspruch, dass die Schulen in der zwölfwöchigen Ferienzeit lediglich über einen Gesamtzeitraum von vier Wochen geschlossen seien. Die Organisation liege, mit Ausnahme der Ferienzeiten, in der Hand der Schulleitungen. Hierfür werden mehr Betreuungskräfte und Lehrerstunden benötigt, zudem würden möglicherweise auch weitere Räume erforderlich sein. Vieles sei noch nicht geregelt und die Verwaltung warte händeringend auf entsprechende Regelungen seitens des Landes. Eine Förderrichtlinie bzgl. der erforderlichen baulichen Maßnahmen sei bereits erschienen. Nach diesem Investitionsprogramm Ganztagsausbau sind Investitionen u.a. für den Neubau, den Umbau, die Erweiterung und die energetische Sanierung förderfähig. Diese Maßnahmen müssen nach dem 12.10.2021 begonnen haben und bis zum 31.12.2027 abgeschlossen werden. Der Stadt Melle stehen aus diesem Topf rd. 1,9 Mio. Euro zur Verfügung. Damit könnte z.B. der Anbau an die GS Neuenkirchen anteilig finanziert werden.

c) Anfrage an das Regionale Landesamt für Schule und Bildung (RLSB) zur Teilung der Grund- und Oberschule Lindenschule Buer in zwei jeweilige Schulzweige

Aufgrund der Forderungen aus der Politik, die Grundschule Buer baulich von der Oberschule Buer zu separieren, lassen sich aus Sicht der Verwaltung die sich bei einer Zusammenlegung zu erzielenden Synergieeffekte aus einer gemeinsamen GOBS nicht mehr erreichen, daher habe die Verwaltung das RLSB um eine Bewertung dazu gebeten, ob die GOBS Buer wieder in zwei eigenständige Schulzweige aufgeteilt werden könne. Das RLSB hat in seiner Antwort auf die Vorgaben aus der Verordnung für die Schulorganisation (SchOrgVO) hingewiesen, wonach eine Oberschule eine Zweizügigkeit in jedem Jahrgang mit mindestens 48 Schülerinnen und Schülern nachweisen müsse. Diese Vorgaben werden vom Oberschulzweig der GOBS Buer nicht erfüllt, demzufolge könne die Schule nicht wieder geteilt werden, da sie zu klein für eine eigenständige Oberschule sei.

Kindertagesstätten

a) Mobile Kita vor der Jugendherberge

Im Rahmen der Ausschreibung der Trägerschaft für die Kita in der ehemaligen Jugendherberge wurde der interimistische Betrieb der mobilen Kita vor der Jugendherberge ebenfalls mit ausgeschrieben. Die Heilpädagogische Hilfe Osnabrück gGmbH wird der Träger dieser Einrichtungen werden. Die HHO ist in Vorbereitung des Betriebes durch die Ausschreibung der notwendigen Personalstellen sowie die Beschaffung von Mobiliar und Einrichtung gegangen. Es

haben bereits mehrere Vorstellungsgespräche stattgefunden. Angestrebt ist die Eröffnung möglichst zum 01.02.2024, ggfs. zunächst mit zwei Kita-Gruppen (1 Krippe, 1 Kindergarten). Die dritte Gruppe wird dann nach Rekrutierung entsprechenden Personals eröffnet.

b) **Kita Riemsloh neu**

Das Angebot des AWO Kreisverbandes für die Region Osnabrück zur Errichtung sowie des Betriebes einer 5-gruppigen Kindertagesstätte in Melle-Riemsloh in Kooperation mit der Kreissparkasse Melle wurde durch Beschluss des Verwaltungsausschusses am 07.11.2023 angenommen. Auf dem Grundstück der Filiale der Kreissparkasse Melle in Riemsloh wird nach Abriss ein Neubau entstehen, der fünf Kita-Gruppen vorsieht, voraussichtlich drei Krippengruppen mit maximal 45 Plätzen sowie zwei Kindergartengruppen mit maximal 50 Plätzen.

c) **Kita Buer neu**

Nachdem mit dem Kirchenkreis Melle-Georgsmarienhütte keine Einigung über das angemessene Raumprogramm für den Neubau einer 5-gruppigen Kita in Buer durch einen Investor erzielt werden konnte, wird die Stadt Melle nun selbst einen Neubau herstellen. Aktuell werden sowohl die zur Verfügung stehenden Flächen final geprüft sowie Leistungsverzeichnisse für die notwendige Ausschreibung sowohl des Baus als auch der Trägerschaft erarbeitet.

Frau Mielke spricht die neue Kita in Riemsloh an und erkundigt sich, nach welchem Standardraumprogramm dort geplant werde und ob die Stadt bei den Planungen mitwirke oder nur der künftige Träger und der Bauherr.

Herr Dreier antwortet, dass das städt. Standardraumprogramm Grundlage sei und dass die AWO, als künftiger Träger, dieses mittrage.

Frau Mons ergänzt, dass dieses Programm aber immer noch Karenzen biete, um Anpassungen vorzunehmen.

Frau Beckmann stellt fest, dass mit der Übernahme des Bauvorhabens „Kita Buer“ durch die Stadt auch die Trägerschaft durch die Kirche verloren ginge und erkundigt sich danach, wie nun ein neuer Träger gefunden werden könne.

Herr Dreier weist darauf hin, dass die Trägerschaft nun ausgeschrieben werden müsse, wie seinerzeit für die Kita in der Jugendherberge.

Frau Wehrmann drängt, auch im Namen des Ortsrats Buer, auf eine schnelle Erledigung, ohne Übergangslösung.

Frau Mons erklärt, dass es in Buer keine Übergangslösung in Form von Containern geben werde. Die Errichtung erfolge wahrscheinlich in hochwertiger Modulbauweise und werde so angepasst, dass das Gebäude sich in die örtlichen Begebenheiten einfügt.

Herr Stakowski erkundigt sich nach dem Sachstand bzgl. der Umstellung des Bielefelder Screenings. Die Kitas hätten den Eindruck, dass Sprachfördermittel gestrichen werden, daher sei es ihm wichtig, seitens der Verwaltung ein entsprechendes Signal zu setzen, dass dem nicht so sei.

Frau Mons macht deutlich, dass unter den Trägern abgestimmt worden sei, dass das Bielefelder Screening nicht fortgesetzt werde und dass aktuell noch kein neues

Förderprogramm angewendet werde. Die Stadt Melle sei hierbei nicht zuständig, aber eine Mittelkürzung sei keinesfalls erfolgt.

Frau Itzek ergänzt, dass das Verfahren umgestellt worden sei, da u.a. die Kinder mit einem Migrationshintergrund und keinen bzw. geringen Deutschkenntnissen nicht durch das Bielefelder Screening erfasst worden sind.

Auf die Frage von **Frau Kruse-Wiegand**, ob bzgl. des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Primarbereich ab 2026 schon daran gedacht worden sei, mehr Personal einzustellen, antwortet **Frau Mons**, dass es zurzeit noch keine Überlegungen dazu gebe, da keine endgültige Klarheit über die Ausgestaltung des Ganztags bestehe. So bedingen hortähnliche Strukturen ganz andere Vorgaben allein räumlicher Art. Die Verwaltung stehe jedoch in den Startlöchern.

Frau Beckmann berichtet, dass das Bielefelder Screening in der Kita Riemsloh über eine Spende ermöglicht werden konnte. Dort wurde auf diesem Wege eine kostenpflichtige Teilnahme an dem Förderprogramm ermöglicht. Für die Eltern böte dieses Verfahren eine wichtige Beurteilungshilfe für die Einschätzung der Schulreife. Die Teilnahme dürfe aber keinesfalls einkommensabhängig sein. Sie bittet auch um einen entsprechenden Impuls an die Leitungsrunde und fordert, adäquate Alternativen zu suchen.

Frau Mons wird das Thema noch einmal aufzunehmen und besprechen.

Herr Boßmann spricht das Kürzen des Ganztags in der Grönenbergschule an und weist auf die Familien hin, in denen es dadurch zu Problemen käme.

Herr Dreier erläutert hierzu, dass der Schulvorstand der Grönenbergschule beschlossen habe, die Betreuungszeiten im Ganztags von 15:30 Uhr auf 14:45 Uhr zu verkürzen. Der Ganztags werde lt. RLSB auch so erlasskonform angeboten. Die Verwaltung habe jedoch ein hohes Interesse an einer Ganztagsbetreuung bis 15:30 Uhr. Dazu habe es mehrere Gespräche mit der Schule gegeben, auch seien Mittel im Haushalt 2024 bereits berücksichtigt worden. Leider gebe es bis heute keine Basis zur Ermittlung der erforderlichen Höhe des kommunalen Ganztagszuschusses, sodass die Kürzung zum 01.02.2024 erfolge. Ein Termin zur evtl. Wiederaufnahme der Betreuungszeiten ab dem 01.08.2024, bis 15:30 Uhr, sei allerdings schon vereinbart.

TOP 6 Schulen

TOP 6.1 Öffentlich-Rechtliche Vereinbarung über die Erstattung von Schulsachkosten und das Aussetzen der Kreisschulbaukasse Vorlage: 01/2023/0346

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Boßmann ergänzt, dass am 11.12.2023 der Kreistag darüber beschließen solle. Für einen Beschluss müssen alle kreisangehörigen Kommunen einverstanden sein. Aktuell gibt es noch Gespräche mit Georgsmarienhütte und Bissendorf. Beide Kommunen möchte die Kreisschulbaukasse wieder einrichten. Dieses führe seines Erachtens jedoch zu Ungerechtigkeiten gegenüber den Kommunen, die bereits in Bauten investiert hätten.

Der Ausschuss fasst einstimmig, ohne Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Erstattung von Schulsachkosten und das Aussetzen der Kreisschulbaukasse, sowie die dazugehörige Erstattungsregelung in den anliegenden Fassungen abzuschließen.

TOP 6.2 Benennung von hinzugewählten Schülervertreterinnen für den Ausschuss für Bildung
Vorlage: 01/2023/0336

Frau Mons erläutert die Beschlussvorlage.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, bei einer Enthaltung, folgenden Beschluss:

Als hinzugewählte Vertreterin der Schülerinnen und Schüler für den Ausschuss für Bildung wird Frau Liana-Sophie Erhardt (Wilh.-Fredemann-Oberschule Neuenkirchen) benannt. Frau Hana Puskar (OBS Lindenschule Buer) wird als Vertreterin benannt.

TOP 7 Haushalt 2024 - Beratung des Teilhaushaltes 400 für die Bereiche Schulen und Kindertagesstätten

Frau Noruschat und Frau Itzek erläutern den Haushaltsentwurf 2024 für die Bereiche „Schulen“ und „Kindertagesstätten“.

Frau Mielke erklärt, dass die angeblich im Haushaltsplan für die GS Buer vorgesehenen 150.000 € auf jeden Fall erhalten bleiben müssten, damit die Planungen eingeleitet werden können. Hierzu solle aus dem Bildungsausschuss heraus eine Unterstützung signalisiert werden. Ebenso sollte mit den Planungskosten für die OBS Neuenkirchen verfahren werden.

Auf den Hinweis von **Frau Mons**, dass es zurzeit noch gar keine Festlegungen zu den Rahmenbedingungen gebe und dass alles neu bewertet werden müsse, fügt **Frau Mielke** hinzu, dass es dadurch thematisiert werde.

Frau Wehrmann ergänzt, als finanzpolitische Sprecherin, dass ein Titel für die Planungen der OBS zur Verfügung stehe, obwohl es noch keinen Beschluss gebe, damit keine Zeit verloren werde. Die genannten 150.000 € für die GS Buer würden nach 2024 übertragen werden.

Herr Dreier kann dieses aus einem fraktionsübergreifenden Gespräch am gestrigen Tag bestätigen.

Herr Stakowski bittet darum, die Transferleistungen darzustellen, denn das Thema „Bildung“ sei für Rat und Verwaltung von großer Bedeutung. Er unterstütze die Verwaltung darin, weitere Kitas zu bauen, damit der Rechtsanspruch der Eltern erfüllt werde. Er vermute, dass auch entsprechende Räumlichkeiten eine Chance bieten könnten, ErzieherInnen zu gewinnen. Hierbei könne die Stadt Melle über das Raumprogramm Einfluss nehmen.

Frau Beckmann spricht sich für die Unterstützung des Sprachförderprogramms „Bielefelder Screening“ aus und fordert, Mittel dafür bereitzustellen. In der Kita St. Johann Riemsloh sei es durch eine Spende in Höhe von 1.000 € möglich geworden, das Förderprogramm durchzuführen, weil es von Eltern gewünscht wurde.

Frau Mons erklärt, dass es nicht möglich sei kurzfristig Mittel dafür einzustellen. Zudem handele es sich um eine freiwillige Leistung. Wenn ein entsprechendes Programm vorliege, würden auch Mittel vorgesehen.

Frau Kruse-Wiegand stellt heraus, dass die Digitalisierung umsichtig geplant worden sei, damit die Standards gehalten werden können. Zudem habe sich die Verwaltung bezüglich des Ganztags an der Grönenbergschule über Monate engagiert und sie habe die Hoffnung, dass zum 01.08.2024 wieder ein Ganztags bis 15:30 Uhr angeboten werden könne.

Frau Mons fasst zusammen, dass die Kitas einen hohen Stellenwert haben. Man habe die Quoten vorgestellt und im Bericht der Verwaltung seien zwei Kitas vorgestellt worden, die bereits umgesetzt worden sind und zwei weitere, die in Planung sind. Eine Herausforderung werde jedoch bzgl. der Finanzen und des Personals gesehen. Die grundlegenden Beschlüsse jedoch seien getroffen um die Bedarfe zu decken.

TOP 8 Wünsche und Anregungen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Vorsitzende schließt die Sitzung um 20:24 Uhr.

15.01.2024

11.01.2024

03.01.2024

gez. Stefanie Ernst

gez. Andreas Dreier

gez. Marion Noruschat

Vorsitzende/r
(Datum, Unterschrift)

Verw. Vorstand
(Datum, Unterschrift)

Protokollführer/in
(Datum, Unterschrift)